Deutsch

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: K. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Roebbel, Adolf Steiner, William Wilkens. — Köln: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — München: C. Mayewski. — Wien: M. Dukes, L. Wollmeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 9. — Frankreich, England und Belgien: Allgemeine Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère. John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 188. [37. Jahrgang.] Berlin, Sonnabend den 13. August 1898. [37. Jahrgang.] Nr. 188.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark**, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. **Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die **Expedition, Wilhelmstraße 32,** Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die **Post-Expeditionen** von **4 Mark 40 Pf.** inkl. Bestellgebühr entgegen. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honoraranspruch erheben. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.

Wochen-Abonnement.

Für die **Reise-Saison** haben wir ein **Wochen-Abonnement** auf unsere Zeitung eingerichtet. Dasselbe beträgt für die Woche bei einmaliger täglicher Kreuzband-Sendung innerhalb des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie **M. 0,75,** für die übrigen Staaten **M. 1,10.** Um die Abonnenten regelmäßig und pünktlich in den Besitz der Zeitung zu setzen, ist es erwünscht, daß beim Wechsel des Aufenthaltsortes die Expedition 1—2 Tage vorher in Kenntniß gesetzt wird.

Berlin, den 12. August.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Der spanischen Regierung ist, laut einer Meldung aus Madrid, gestern Abend das in Washington mit dem französischen Botschafter Cambon vereinbarte **Friedensprotokoll** zugegangen. Beim Verlassen des Ministerrathes sollen die Minister einem Vertreter der „Agencia Fabra" erklärt haben, das Protokoll sei vollkommen genehmigt worden. Es enthalte keinerlei Abänderungen, es führe nur einige neue Punkte an. Man werde sofort die Antwort nach Washington senden und den französischen Botschafter Cambon zur Unterzeichnung des Protokolls ermächtigen. Vor Allem werde die Einstellung der Feindseligkeiten erfolgen. Die Friedenskommission sei noch nicht ernannt, die Verhandlungen würden, wie der Minister des Äußern erklärte, in Paris stattfinden, der Wortlaut des Protokolls werde erst nach der Unterzeichnung veröffentlicht werden. Dem „New York Herald" wird aus Washington gemeldet, das Protokoll gebe keinen bestimmten Zeitpunkt für die Räumung Kubas und Puerto Ricos an. Es werde Spanien gestattet, die Inseln mit allen kriegerischen Ehren zu verlassen. Die spanischen Truppen würden Waffen und sonstige Ausrüstungsstücke mitnehmen. Die Räumung solle so bald als möglich beginnen. Im Falle, daß Spanien es ablehne, Cambon die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Protokolls zu geben, würden die Verhandlungen einfach abgebrochen werden, und Cambon würde sein Vermittlermamt niederlegen. Das ist wohl nicht mehr zu befürchten. Man darf vielmehr annehmen, daß der Präliminarfriede jetzt so gut wie geschlossen ist.

Der „Temps" meldet aus Madrid: Der frühere Minister für die Kolonieen, Moret, traf hier ein und hatte eine lange Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Sagasta. Man spricht hier viel davon, daß Moret ausersehen sei, den Vorsitz in der spanischen Kommission zu führen, welche zusammen mit einer amerikanischen den Friedensvertrag aufsetzen soll, weil Moret in kolonialen Angelegenheiten sachverständig sei. Die amtlichen Kreise sind der Meinung, man könne die Einberufung der Cortes bis Ende September aufschieben. Von Seiten Spaniens sowohl wie auch Amerikas wird telegraphisch die Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet werden, sobald Cambon das Präliminar-Protokoll unterzeichnet haben wird.

* * *

Von den **Philippinen** liegen noch folgende Berichte des Reuterschen Bureaus vor, welche bereits Bekanntes ausführlicher ergänzen:

Manila, 30. Juli. Der Mangel an Lebensmitteln macht sich jetzt selbst unter den Reichen fühlbar. Es gibt kein Fleisch, kein Brot oder Mehl, mit Ausnahme der geringen Menge, welche namentlich für die Truppen requirirt wird. Eine strenge Zensur wird über die Presse geübt. Diese bringt die einfache Meldung, daß noch nie dagewesener Regen und Dungerrotth eine Nahrrotthepidemie erzeugt haben. Schlechte Nahrung und schlechtes Wasser sind wohl die Hauptursache. Eine Anzahl der angesehensten Bürger von Manila liegt an der Krankheit darnieder. Im städtischen Schlachthause schlachtet man Pferde und Hunde. Selbst die Zeitungen geben zu, daß man in den Militärbäckereien nur Reis braucht. Und auch der Vorrath von Reis wird bald erschöpft sein. Brennmaterial giebt es auch nicht mehr. Jetzt werden Thüren und Fenster verbrannt. Wenn diese auch aufgebraucht sind, wird die Lage verzweifelt werden, da es unmöglich ist, ungekochten Reis zu essen. Der Gouverneur hat ein Dekret erlassen, wonach Regierungsbeamte in jedes Haus eindringen dürfen, um Vieh und Pferde zu beschlagnahmen. Dafür werden werthvolle Anweisungen ausgestellt. Das Dekret wird übrigens nicht überall gleich durchgeführt. Der Versuch, den Pony eines Konsularagenten zu beschlagnahmen, hat große Entrüstung hervorgerufen. Die Sache kann zu Verwicklungen führen. Der britische Konsul ist beständig krank und ist in der letzten Woche den Konsulargeschäften nicht vorstehen können. Der Bizekonsul entfaltet große Energie und großen Takt. Eine angeblich amtliche Depesche ist heut veröffentlicht worden. Sie lautet: Deutschland vereinigt sich mit Rußland, um die Einnahme von Manila zu verhindern. Deshalb werden Admiral Dewey und General Merritt von einem Angriff abstehen. Die Hilfsquellen der Amerikaner sind erschöpft. Admiral Cervera ist siegreich gewesen. Er hat die Flotte des Admirals Sampson erobert und die amerikanischen Häfen bombardirt. Der Indianerstamm der Tschikokesen und die Neger erheben sich, und Präsident Mac Kinley wird auf offener Straße verhöhnt. Admiral Camara befindet sich in Singapore . . . Die verbündeten Flotten werden das Geschwader des Admirals Dewey vernichten. Das Klima wird die amerikanischen Truppen dezimiren."

Manila, 3. August, via Hongkong. Es geht das Gerücht, daß die Rebellen die größten Anstrengungen machen wollen, Manila zu rauben, da sie fürchten, es möge zum Abschluß des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien kommen, und daß die Amerikaner darauf die Philippinen räumen werden. Während des Sonntags fielen viele Schüsse in die Stadt, einige in die Zitadelle. Mehrere Damen sollen getödtet worden sein. Es entstand eine furchtbare Panik. Frauen und Kinder liefen die ganze Nacht. Eine Granate verwundete 20 Soldaten in der Luneta-Batterie. Eine andere explodirte in der Malate-Kaserne und tödtete 5 Mann. Die Truppen rückten gerade zur rechten Zeit aus. Die Spanier verloren im Ganzen wohl 300 Mann. Viele Häuser wurden durch das Bombardement beschädigt. Am Abend des 1. d. M. wütheten 4 heftige Gewehrfeuer. Das Telephon gab keine Antwort. Deßhalb wurden Reiterpatrouillen ausgesandt. Es wüthete ein Sturm, und die Nacht war stockfinster. Die Schildwachen feuerten auf die Reiter, weil sie sie für Amerikaner hielten, und verwundeten jemand. Noch einige solche Nächte, und die Spanier werden sich in die Zitadelle zurückziehen. Am Sonnabend gingen 1500 Häuser in Tondo in Rauch auf. Der Wind strich scharf, so daß ganz Manila von dem Feuer bedroht wurde. Wenn ihm Einhalt gethan wurde, so war das hauptsächlich der Feuerwehr der britischen Kaufmannschaft zu verdanken. Der britische Konsul ist am Dienstag an der Ruhr gestorben. Seine Leiche kann nicht auf dem protestantischen Kirchhof beerdigt werden, da die Aufständischen ihn besetzt haben. Der Taifun, welcher über Manila wüthet hat, dauerte vier Tage. Die Vorstädte waren überschwemmt. Die Laufgräben stehen unter Wasser. Die Insassen bersten. Knaben von 13 Jahren treten in die Armee ein, werden Offiziere und kämpfen in den Laufgräben. Der britische und der französische Konsul bemühen sich, einen Waffenstillstand zu Wege zu bringen. Die Amerikaner aber fagen, daß sie nur völlige Ergebung annehmen dürfen. Die Spanier erklären, daß sie sich nie ergeben werden. Sie hoffen so lange aushalten zu können, bis Friede im Westen herrscht. Unter den Spaniern herrscht bisher noch keine große Noth, weil die Priester, die Beamten und das Militair die Lebensmittel monopolisiren. Eine Million der Bevölkerung naht mittlerweile am Hungertuche. Die Eingeborenen essen schon Ratten und Mäuse. Der Haß der Spanier gegen die Engländer, Amerikaner und Philippiner ist furchtbar.

* * *

Aus **Washington** wird gemeldet: Das Marinedepartement hat den Beschluß gefaßt, daß Admiral Sampson sofort nach dem Friedensschluß mit einer Flotte nach Europa segeln soll, so mächtig, wie sie die Vereinigten Staaten noch nicht aufgeboten hatten. Der Zweck wird offen eingestanden: Europa die neue Wehrkraft der Vereinigten Staaten zur See zu zeigen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Staatssekretair Day seine Entlassung nimmt. Dann würde wohl der jetzige Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Hay, sein Nachfolger werden. Day hat das Amt nur unter der Bedingung übernommen, daß man ihn davon entlassen möge, sobald der Friede geschlossen wäre. Day betrachtet seine politische Thätigkeit als ein Opfer, welches er dem Vaterlande bringt. Er kann die großen pekuniaren Opfer, welche sein Amt mit sich bringt, nicht länger ertragen. — Im Kabinet stehen wichtige Veränderungen bevor. Die Demission des Kriegssekretairs Alger ist vielleicht nur eine Frage weniger Tage. Der Präsident will den Kriegssekretair Alger, welcher für die schlimme Lage der Truppen in Santiago de Cuba verantwortlich gemacht wird, nicht länger gegen die Angriffe schützen. Er soll ihm schon den Rath gegeben haben, seine Entlassung einzureichen. Staatssekretair Day will sich wieder seiner Advokatur widmen.

Politischer Tagesbericht.

Das **Staatsministerium** trat heute Nachmittag 3 Uhr im Dienstgebäude, Leipzigerplatz 11, unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten, Staatsministers Dr. v. Miquel, zu einer Sitzung zusammen.

Die Tagespresse hat sich mehrfach mit einer Entscheidung des Finanzministers beschäftigt, wonach **Bescheinigungen über die Anmeldung von öffentlichen Versammlungen** für stempelpflichtig erklärt worden sein sollen, und hieran Erörterungen über eine Beeinträchtigung der Vereinsfreiheit geknüpft. Diesen Zeitungsnachrichten liegt lediglich ein Irrthum zu Grunde, denn der Finanzminister hat aus Anlaß einer Beschwerde des Magistrats zu Prenzlau die Frage gerade im entgegengesetzten Sinne entschieden und die Stempelfreiheit der fraglichen Bescheinigungen auch in dem Falle anerkannt, wenn die Ertheilung derselben ausdrücklich beantragt ist. Die Rückzahlung bereits bezahlter Stempelbeträge ist angeordnet.

Im Juli hat zu Konstanz die ordentliche Zusammenkunft der Bevollmächtigten der Uferstaaten in Angelegenheit der **Bodenseefischerei** stattgefunden. Anwesend waren die staatlichen Vertreter von Baden, Bayern, Württemberg, Oesterreich, der Schweiz und von Württemberg mit Fischerei-Sachverständigen und die Vertreter interessirter Fischerei-Vereine. Die Verhandlungen bezogen sich insbesondere auf die Regelung der Sonntagsruhe im Fischerei-Gewerbe und der Nachtfischerei, die Einsetzung von Karpfen in den See, die Förderung der künstlichen Fischzucht und die Herstellung einer Bodenseefischereikarte.

Im **englischen Unterhause** erklärte gestern der Erste Lord des Schatzes, Balfour, am 1. März sei der englische Gesandte in Peking, Macdonald, in folgender Weise instruirt worden: Es stehe der chinesischen Regierung selbstverständlich frei, festzustellen, ob Offerten für den Eisenbahnbau von deutscher Seite unter besseren Bedingungen, als sie englische Kapitalisten stellten, zu erlangen seien; aber ein Vorzugsrecht Deutschlands einfach auf Grund dessen, daß eine geplante Bahn sich innerhalb der Provinz Schantung befinde, könne die britische Regierung nicht zulassen. Macdonald sei angewiesen worden, jeder Zulassung eines solchen Anspruches entgegenzutreten. Provand fragt an, ob von Deutschland eine Antwort auf diesen Protest eingegangen sei. Balfour erwidert hierauf, der Protest sei an die chinesische Regierung gerichtet gewesen; eine Antwort darauf sei nicht ergangen. Yerburgh fragt an, ob es wahr sei, daß die chinesische Regierung ihre formelle Zustimmung zu den von Pawlow hinsichtlich der Mukdschwang-Bahn gestellten Bedingungen gegeben; nämlich, daß der Bahnkörper nicht als hypothekarische Sicherheit verpfändet werde, keine fremde Kontrolle oder Einmischung irgend welcher Art gestattet werden dürfe, selbst im Falle, daß die Bedingungen nicht erfüllt würden, und ob endlich jene Bedingungen den Bestimmungen des unterzeichneten Kontraktes widersprächen. Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, erwidert, die Thatsachen seien richtig. Die Regierung verfolge die von Yerburgh erwähnte Angelegenheit mit ernster Aufmerksamkeit.

Wie die „Times" vom gestrigen Tage aus Peking meldet, überfandte der belgische Gesandte am Mittwoch dem Tsungli Yamen eine Mittheilung des Inhaltes, daß der russische und der französische Gesandte gemeinsam mit ihm dem Tsungli Yamen dringend ersuchen, den Versuch des britischen Gesandten, die Ratifikation des Vertrages, betreffend die Peking—Hankau-Bahn zu verhindern, unbeachtet zu lassen. Hieran schließt sich folgende Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Peking: Durch kaiserliches Edikt wird die belgische Anleihe für den Bau der Peking—Hankau-Bahn, angeachtet der Einsprüche des britischen Gesandten, endgültig genehmigt.

Nach Budapester Meldungen begiebt sich Ministerpräsident Baron **Banffy** nach Ischl an das kaiserliche Hoflager und wird auf der Durchreise einen Tag in Wien verweilen. In dem von uns gestern vorgelegten Schreiben aus Budapest war der Standpunkt der ungarischen Regierung bezüglich einer provisorischen Regelung der zwischen Oesterreich und Ungarn gemeinsamen volkswirthschaftlichen Angelegenheiten dargelegt, und es wird sich nun fragen, ob dieser Standpunkt vereinbar gefunden werden wird mit den Mitteln, die seitens der Wiener Regierung vorgeschlagen werden, um die Ausgleichskrisis zu beschwören.

Die zum **Esterhazy-** und **Zola-**Handel vom gestrigen Tage aus Paris vorliegenden Drahtmeldungen besagen, daß Zolas Anwalt Labori durch einen Gerichtsdiener an den General-Prokurator die Aufforderung richtet, ihm das Aktenstück in Sachen Esterhazy und Pays mitzutheilen, und daß der General-Prokurator dieses Ersuchen ablehnte; ferner daß der Untersuchungsrichter Fabre Nachmittags Mathieu Dreyfus und einen Dienstboten des Anwalts Leblois verhörte, und daß die Anklagekammer den von Bertulus erlassenen Beschluß, betreffend die Erhebung der Klage gegen Esterhazy und Frau Pays, prüft. Die Entscheidung hierüber wird erst heute erfolgen.

Das britische Kriegsschiff „Mohawk" von der australischen Flottenstation hat **Santa Cruz** und die **Duff-Gruppe,** achtzehn Inseln zusammengenommen, **annektirt.** Der „Mohawk" wurde in aller Stille von Sidney abgesandt, um die Aufgabe zu vollbringen. Der Befehlshaber des britischen Geschwaders in australischen Gewässern, Admiral Pearson, hat die folgende Depesche nach England eingeschickt: „Wir haben die britische Flagge in Santa Cruz und auf den Duff-Inseln aufgezogen." Die Santa Cruz-Gruppe besteht aus sieben größeren und einigen kleineren Inseln. Die Duff- oder Wilson-Gruppe zählt elf Inseln. Die Insel Santa Cruz mißt 16 englische Meilen in der Länge und 15 in der Breite. Die größte Duff-Insel hat nur 6 englische Meilen im Umkreis. Die Santa Cruz- oder Queen Charlotte-Inseln gehören zur Melanesischen Gruppe. Sie liegen 1500 Meilen von Queensland. Auf einer speit ein Vulkan fortwährend. Einige Berge sind 3200 Fuß hoch. Die Bevölkerung zählt 5000 Seelen. Die Inseln wurden 1595 entdeckt. Die Duff-Gruppe liegt 100 englische Meilen von den Santa Cruz-Inseln entfernt.

Die „Agenzia Stefani" erklärt die Meldung der „Times" aus New-York für unbegründet, daß **Italien** dem Staatssekretair Day mitgetheilt habe, **Kolumbien** müsse sofort am 13. d. eine Million Pesos zahlen, andernfalls würde Admiral Candiani Cartagena bombardiren. Die „Agenzia Stefani" fügt hinzu, Italien habe sich darauf beschränkt, seine Forderungen hinsichtlich der vollständigen Ausführung des Schiedsspruches des Präsidenten Cleveland und hinsichtlich der unumgänglich nothwendigen Garantieen entschieden aufrecht zu erhalten. — Ferner wird aus Washington gemeldet: Staatssekretair Day erhielt die Nachricht, daß die italienische Regierung aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten den Admiral Candiani telegraphisch anwies, der kolumbischen Regierung zur Regelung der Forderungen Cerruttis eine Frist von 8 Monaten zu gewähren.

Der Streik der **walisischen Kohlengruben-Arbeiter** geht weiter, und das Ende ist einstweilen noch nicht abzusehen. Die Trebegar-Kohlen- und Eisengesellschaft, die übrigens zu dem Verbande der Bergwerksbesitzer gehört, hat versucht, einen Separatfrieden mit den trotzen Arbeitern abzuschließen. Der Minimallohn sollte 10 pCt. über dem „standard", dem Normallohn, sein. Die Arbeiter haben die Offerte nicht angenommen, und die Verhandlungen sind im Sande verlaufen. Dennoch breitet sich in der Stille unter den Arbeitern eine Bewegung aus, es bei der verschiedbaren Lohnskala bewenden zu lassen, aber einen Minimallohn zu fordern.

Kleine Nachrichten. Die auf gestern festgesetzt gewesene Abfahrt des **englischen Mittelmeergeschwaders** ist verschoben. Das Geschwader verbleibt bis auf weiteres in Gibraltar. — Aus **Teheran** wird berichtet: Amin-es-Sultan wurde zum Großvezier ernannt. — In **Yokohama** wird erwartet, daß die Wahlen zum Kabinet eine überwältigende Majorität im Repräsentantenhause verschaffen werden. Der Voranschlag für das nächste Finanzjahr weist ein Deficit von 50 Millionen Yen auf.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Hoheit der Herzog Alexander von Oldenburg ist gestern Abend aus Petersburg angekommen und im Zentralhotel abgestiegen.

* Se. Hoheit der Herzog Karl Michael von Mecklenburg-Strelitz ist gestern aus St. Petersburg hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen.

* König Alexander von Serbien reist am 16. d. M. nach Wien und von dort nach mehrtägigem Aufenthalt nach Karlsbad.

* Dem Hofmarschallamt ist nunmehr, der „Ostsee-Zeitung" zufolge, die bestimmte Zusage Sr. Majestät des Kaisers, an der Eröffnungsfeier der neuen Hafenanlagen in Stettin am 23. September Theil nehmen zu wollen, dem Stettiner Magistrat eingegangen.

* Ueber das Befinden des Papstes wird unter dem Gestrigen aus Rom gemeldet: Der Papst blieb heute Vormittag fast vier Stunden auf und suchte sodann auf Anrathen des Dr. Lapponi für den Rest des Tages wieder das Bett auf. Lapponi äußerte einem Vertreter der „Agenzia Stefani" gegenüber, er hoffe, daß der Papst morgen den ganzen Tag werde aufbleiben und übermorgen die Audienzen wieder aufnehmen können. Lapponi bestätigte, daß die Indisposition des Papstes eine sehr leichte sei, da es sich um eine einfache Darmverstimmung ohne jedes beunruhigende Symptom handle; da jedoch der Papst durch die übermäßige Arbeit der letzten Tage bei der Abfassung der Encyklika für die Schotten und Italiener erschöpft gewesen sei, habe er (Lapponi) es für angezeigt gehalten, dem Papst zu rathen, das Bett zu hüten und der Ruhe zu pflegen. — Der „Osservatore Romano" hebt bekannt, das Befinden des Papstes hat sich derart gebessert, daß schon morgen die üblichen Audienzen wieder aufgenommen werden, obwohl Dr. Lapponi noch einige Schonung anrieth.

* Fürst Herbert Bismarck traf nebst Gemahlin gestern Nachmittag aus Friedrichsruh hier ein, stieg im Hotel Reichshof ab und setzte noch kurzem Aufenthalt seine Reise nach Wien fort.

* Fürst Cantacuzène, russischer Gesandter in Stuttgart, hat sich nach mehrtägigem Aufenthalt hier nach Stuttgart begeben.

* Der preußische Gesandte in Weimar, Prinz von Ratibor und Corvey, hat einen kurzen Urlaub angetreten.

* Der Präsident der Justiz-Prüfungskommission, Wirklicher Geheime Rath Dr. Stölzel, ist mit Urlaub nach dem Harz abgereist.

* Der Ministerialdirektor im Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten, Wirklicher Geheime Ober-Regierungsrath Dr. Kuegler, ist aus Posen hier wieder angekommen.

* Der russische Wirkl. Staatsrath Nekludow ist gestern aus Petersburg angekommen und im Savoy-Hotel abgestiegen.

* Der dänische Gesandte v. Vind hat Berlin mit Urlaub verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Legationssekretair v. Grevenkop-Castenskiold als Geschäftsträger.

* Der russische Finanzminister Witte hat auf der Durchreise nach Karlsbad in Berlin für Mitglieder seiner Familie den Professor Lassar und andere Aerzte von Ruf konsultirt. Das Diner nahm der Minister, welcher inkognito reiste, beim Geheimrath v. Mendelssohn ein. Auf seiner Reise begleitet ihn ein Beamter der Warschau-Bromberger Bahn.

* Der Regierungsassessor Mand zu Allenstein ist der Regierung zu Danzig, der Regierungsassessor Dr. Zeitzes derselben Regierung von Mitte August d. J. ab und der Regierungsassessor von Stumpfeldt in Sumter der Regierung zu Frankfurt a. O. überwiesen worden.

* Generalmajor Heinrich XIX. Prinz Reuß, Kommandeur der 26. Kavalleriebrigade (1. königlich württembergischen), ist hier eingetroffen.

* Die Obersten Mayer, Präses des Ingenieurkomités, und Kehrer, Abtheilungschef bei der Artillerie-Prüfungskommission, und Major Gronen vom Pionierbataillon Nr. 19, kommandirt zur Dienstleistung beim Großen Generalstabe, sind hierher zurückgekehrt.

* Oberstlieutenant Wagener, Kommandeur des Westfälischen Dragonerregiments Nr. 7, ist von hier wieder abgereist.

* Die Majors v. Goeß und Schwanenflügt vom Militairkabinet und v. Erhardt, zugetheilt dem Großen Generalstabe, haben Berlin verlassen.

Amtliche Nachrichten

aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

den Weihbischof und Domdechanten Dr. Cramer zu Münster in Westf. den Rothen Adlerorden zweiter Klasse, dem Stadtpfarrer und Dekan Schnell zu Haigerloch den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem katholischen Pfarrer von Meegen zu Kamp den Kronenorden dritter Klasse, dem Stadthauptkassen-Rendanten Lübcke zu Greifswald, dem Rektor und Ersten Lehrer Kaiser zu Diepholz, den Förstern a. D. Schirmmann zu Nettelsen und Robb zu Tilsit, dem Erziehungsinspektor Heisig zu Leschnitz und dem Kirchenältest-n, Grundbesitzer Jonas zu Folusch den Kronenorden vierter Klasse, dem Depot-Wiesefeldwebel vom Artilleriedepot in Magdeburg Lautenbach zu Ehrenmitglied des Kreuz der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern, sowie den Statthaltern Johann Albrecht zu Neuenhoff, Heinrich Burmeister zu Schlemmin, Wilhelm Lübke zu Abrenshagen, Adolf Richarz zu Klausdorf und Joachim Wiese zu Neumühl, dem Obermüller Friedrich Polweg zu Hagen i. W., dem Maschinenmeister Christian Emen zu Stolberg, dem Fabrikmeister Michael Reffgen zu Gschweiler, dem Kanzleigehülfen Bernhard Hoffmann zu Fraustadt, dem Privatförster Wilhelm Frank zu Schöneberg, dem Vorarbeiter Johann Wendt zu Zitterpenningshagen, dem Postjeldner Johann Flau zu Elsen, dem Holzhauermeister Johann Plottrong zu Spelderhemen, dem Kirchvater Quetz genannt Sterna zu Werben, dem Dreher Ludwig Dunkel zu Hagen i. W., dem Schäfermeister Johann Sund zu Spoldershagen, dem Gärtner und Aufseher Johann Lindenberg zu Devin, dem Gutsarbeiter Ernst Bell zu Stremlow, den Tagelöhnern Karl Albrecht, Johann Fehrmann, Heinrich Goldenbogen und Christian Tornow, sämmtlich zu Schwemmin, Johann Bloem zu Spoldershagen und Karl Lübke zu Steinhöfel, sowie dem früheren Feldvogt Asmus Fahrenkrog zu Wittmoldt das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

den Landrath Dr. Otterrath zu Wiedenbrück zum Oberregierungsrath zu ernennen.

Der Oberregierungsrath Dr. Otterrath ist dem Regierungspräsidenten in Schleswig zugetheilt worden.

Deutsches Reich.

* Mit Bezug auf den **Befähigungsnachweis für das Baugewerbe** schreiben die „Berl. Pol. Nachr.": Auch wenn gegen die von den Innungsmäßig organisirten Baugewerkekonvents geforderte Einführung des Befähigungsnachweises grundsätzliche Bedenken nicht zu erheben sind, so erscheint es doch mindestens sehr zweifelhaft, ob der jetzige Zeitpunkt sich für ein gesetzgeberisches Vorgehen in diesem Sinne eignet. Die Novelle zur Gewerbeordnung vom vorigen Jahre sieht u. A. Prüfungen von Gesellen vor und nimmt auch die Wiedereinführung von Meisterprüfungen in Aussicht. Von diesen Einrichtungen darf eine Hebung des Nachwuchses auch im Baugewerbe erhofft werden, und es wäre daher verfrüht, schon mit anderen Maßnahmen auf diesem Gebiete vorzugehen, bevor sich die Bestimmungen des bezeichneten Reichsgesetzes erprobt haben. Auch erscheint es zweckmäßig, vielleicht diese Frage gesetzgeberisch nicht anzuschneiden, bevor man sich des Beiraths der überall in der Bildung begriffenen Handwerkskammern bedienen kann. Gehört die beiräthliche Mitwirkung bei staatlichen Maßnahmen der in Rede stehenden Natur zu den Obliegenheiten der Handwerkskammern, und empfiehlt es sich daher nicht, sie bei einer so wichtigen Maßnahme zu übergehen, so ist auch auf ihren sachverständigen Beirath im sachlichen Interesse um so größerer Werth zu legen, als unter den zunächst Betheiligten keineswegs volle Klarheit und Uebereinstimmung darüber herrscht, wie der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe eingerichten ist. Erst wenn die Handwerkskammern in vollster Wirksamkeit sind, wird daher der Vorbereitung für ein konkretes gesetzgeberisches Vorgehen mit Nutzen näher getreten werden können.

* Die „Deutsche Volkswirthschaftl. Corresp." weist darauf hin, daß seit dem 1. August die **Eingangszölle in Kanada** für deutsche Waaren sich um 33⅓ pCt. höher stellen, als für englische Waaren, nicht, wie allgemein angenommen, um 25 pCt. Allerdings gestehen englische Waaren einen 20prozentigen Zollnachlaß gegenüber dem für deutsche Waaren gültigen kanadischen Tarif. Wo englische Waaren 75 Doll. Zoll entrichten, haben somit deutsche Waaren 100 Doll. zu zahlen, wo der Zoll für englische Waaren 100 Doll. beträgt, stellt er sich, nach dem gleichen Verhältniß, für deutsche Waaren auf 133⅓ Doll. Hieraus folgt, daß deutsche Waaren um ein Drittel, nicht um ein Viertel höher zu verzollen sind als englische. Die Zollvergünstigung, die Kanada dem Mutterlande zu Theil werden läßt, erstreckt sich auch auf einige britische Kolonialbesitzungen. Es sind dies Bermuda, Britisch-Westindien, Britisch-Guinea, Britisch-Indien, Ceylon, Neu-Südwales und die Straits-Settlements. Kanada hat sich vorbehalten, die Vergünstigung im Falle der Gegenseitigkeit auch auf weitere britische Kolonieen auszudehnen. Für folgende Artikel werden keine Zollbegünstigungen gewährt, die Zölle sind dieselben, einerlei, ob die Waaren britischen Ursprungs sind oder nicht, gleich: Weine, Malzgetränke, Spirit, spirituöse Getränke, flüssige Medikamente und Artikel, die Alkohol enthalten, Taback, Zigarren und Zigaretten.

* Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Bayerns — im Monat Juni d. J. vorgekommenen **Betriebsunfälle** waren zu verzeichnen: Entgleisungen auf freier Bahn 6, in Stationen 9, Zusammenstöße auf freier Bahn 1, in Stationen 4, sonstige Betriebsunfälle 174, zusammen 194.

Die Betriebslänge betrug 40 440 Kilom., an Zugkilometern wurden geleistet 31 716 379, so daß je ein Unfall auf 177 Kilom. Betriebslänge oder auf 139 107 Zugkilometer entfällt.

Bei den Unfällen wurden:	getödtet	verletzt
Reisende	3	4
Bahnbeamte und Bahnarbeiter im Dienst	25	94
Post-, Steuer-, Telegraphen-, Polizeibeamte ꝛc. im Dienst	1	1
fremde Personen, einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Beamten und Arbeiter, aber ausschließlich der Selbstmörder	25	27
zusammen	54	126